



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2021/0460

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

19.02.2021

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Rat der Stadt Leverkusen	22.02.2021	Entscheidung	öffentlich
Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt	25.02.2021	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen	01.03.2021	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I	08.03.2021	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II	09.03.2021	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III	11.03.2021	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	22.03.2021	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Arbeitsprogramm Bauleitplanung 2020/2021

- Änderungsantrag der Gruppe DIE LINKE vom 18.02.2021 zur Vorlage Nr. 2020/0078/1

Anlage/n:

0460 - Antrag



Ratsgruppe DIE LINKE
Humboldtstr. 21
51379 Leverkusen

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Leverkusen 18.02.2021

Änderungsantrag zur Vorlage Nr.2020/0078/1 - Arbeitsprogramm Bauleitplanung 2021/2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,
bitte setzen Sie den folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung des Rates und der zuständigen Gremien:

Zur Bebauung vorgesehenen Grundstücke werden vor ihrer weiteren Bearbeitung durch die Verwaltung in Bezug auf ihre Durchführbarkeit mit Benennung der Faktoren, die einer Bebauung entgegenstehen, geprüft und bewertet. Über die Ergebnisse ist der Rat zu informieren.

Begründung:

Die Begründung ergibt sich aus dem Abschnitt des Beschlussentwurfes „Erläuterung der Stufenmotorik“:

„Im Verlauf eines Verfahrens kann eine Vielzahl von Faktoren dazu führen, dass sich ein Verfahren kurz- oder langfristig verzögert oder gar völlig aufgegeben wird“.

Eine vorgezogene grobe Einschätzung im Verfahren in Bezug auf Klimaschutz, Umwelt, Infrastruktur, Mensch und Gesundheit hilft, personelle und pekuniäre Kapazitäten einzusparen und kann daher schon zu einem frühen Zeitpunkt dazu beitragen, Fehlplanungen und Fehlinvestitionen zu verhindern. Das vorgeschlagene Vorgehen hilft dabei, Gebiete zu kategorisieren und frühzeitig Gebiete auszuschließen, die sich für eine Bebauung nicht eignen und daher absehbar auch keine Mehrheit im Rat erhalten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gisela Kronenberg
Die LINKE

Keneth Dietrich